

Langhammer, Rolf J.

**Book Part — Digitized Version**

## Ökonomische Folgen der Desintegration der Sowjetunion

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Langhammer, Rolf J. (1994) : Ökonomische Folgen der Desintegration der Sowjetunion, In: Nitsche, Peter (Ed.): Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Beiträge zu Geschichte, Wirtschaft und Politik, ISBN 3-631-47794-5, Lang, Frankfurt am Main, pp. 177-187

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2047>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# **Ökonomische Folgen der Desintegration der Sowjetunion**

*von Rolf J. Langhammer*

## **1. Der Ausgangspunkt**

Mit dem politischen Zerfall der Sowjetunion in völkerrechtlich selbständige Einheiten und der ökonomischen Öffnung hin zu einem marktwirtschaftlichen System offenbarten sich drei Erblasten der zentralplanwirtschaftlichen Ordnung, die in Intensität und Beharrungsvermögen in keiner anderen Transformationsökonomie zu beobachten sind und daher als einmalig in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte angesehen werden müssen.

### **1.1. Weitgehende Isolation vom Weltmarkt**

#### **und hohe intra-industrielle Verflechtung zwischen den Gebietseinheiten der früheren Sowjetunion**

Mit Ausnahme der Russischen Föderation waren alle früheren Republiken und späteren unabhängigen Staaten weitgehend von direkten Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rest der Welt - einschließlich der anderen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) - abgeschnitten. Indirekte Beziehungen hat es gegeben. Sie unterlagen jedoch alle der Zentralplanung in Moskau. So verarbeitete eine Aluminiumhütte in Tadschikistan Bauxit aus dem westafrikanischen Staat Guinea-Konakry, ohne daß von einem bilateralen Handel zwischen diesen beiden Ländern hätte gesprochen werden können. Vertragspartner Guineas war ein Ministerium in Moskau, nicht aber das Unternehmen oder die örtliche Verwaltung in Tadschikistan. 80-90 vH des Handels der heute unabhängigen Staaten vollzogen sich innerhalb der Sowjetunion. Diese Ströme machten in vielen kleineren kaukasischen und zentralasiatischen Staaten mehr als die Hälfte der gesamten heimischen Wirtschaftsleistung aus. Die intra-UdSSR Verflechtung konzentrierte sich nicht etwa nur auf eine sogenannte inter-sektorale oder inter-industrielle Verflechtung, nach der sich die kaukasischen Staaten etwa auf die Produktion agrarischer Güter und ihrer Verarbeitungsstufen und

die Russische Föderation auf die Produktion hochwertiger Maschinen spezialisiert hätten. Die Verflechtung ging bis auf die intra-industrielle Ebene hinunter, so daß sich ein Unternehmen auf Herrenfahrräder, ein anderes in einem anderen Staat auf Damenfahrräder spezialisierte und einen entsprechenden Austausch anregte. Unterstützt wurde diese extreme Form der Spezialisierung durch ministeriale Strukturen, die ökonomische Anreize schufen, die Aktivitäten innerhalb der nach Branchen gegliederten Ministerien zu maximieren, anstatt zu einem Austausch von Gütern zu kommen, die in den Verantwortungsbereich verschiedener Ministerien gefallen wären. Diese bis hinunter auf die Güterebene reichende Spezialisierung schuf gegenseitige Abhängigkeiten, die nach der Zerschlagung der politischen Integration und dem Beginn der monetären Desintegration (siehe unten) viele Unternehmen zur Produktionseinstellung zwangen, nachdem Zulieferungen eingestellt wurden. Alternative Bezugs- und Absatzquellen gab und gibt es für viele Unternehmen nicht. Der extreme Fall der Abhängigkeit tritt bei Energieträgern (Öl, Gas, Kohle) auf, die - auch wegen fehlender infrastruktureller Voraussetzungen (keine Transportwege zum westlichen Ausland oder über China) - der Russischen Föderation nach wie vor diejenige Lieferposition beschere, an der kein anderer Staat innerhalb der früheren Sowjetunion, vielleicht mit Ausnahme des weitgehend autarken Staates Turkmenistan, vorbei kann.

## **1.2. Preisverzerrungen und hohe Transferelemente im intra-UdSSR Handel**

Güter- und Dienstleistungspreise waren in der früheren Sowjetunion völlig von Weltmarktpreisen abgekoppelt und entsprachen zu keiner Zeit den relativen Knappheiten. So betrug die russischen Erdölpreise nur etwa ein Drittel der Weltmarktpreise und wurden auch von der Russischen Föderation in dieser Höhe an die anderen Republiken weitergegeben. Umgekehrt lagen Preise für Industriegüter, vor allem Konsumgüter, weit über den Preisen, die für vergleichbare Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zu entrichten waren. Damit entstand im intra-UdSSR Handel ein Transfersystem indirekter Art, in dem die Lieferanten von Rohstoffen und Agrarprodukten, allen voran die Russische Föderation, die anderen Republiken subventionierten, während die Lieferanten von Indu-

striegütern und Bezieher von Rohstoffen Subventionen empfangen. Da alle Republiken beides waren, Subventionsempfänger wie -geber, kam es auf den Nettoeffekt an. Dieser Nettoeffekt wies die Russische Föderation als eindeutigen Subventionsgeber und die Ukraine und Weißrußland als Subventionsempfänger wegen der Energielieferungen aus der Russischen Föderation aus. Diese Transfers machten bis zu einem Viertel der gesamten heimischen Wertschöpfung (Moldavien) aus und erwiesen sich somit als überlebenswichtig. Mit dem Zerfall der Rubelzone wurden diese versteckten "impliziten" Transfers zu einem offenen Kredit. Ihn konnte die Russische Föderation entweder weiter gewähren - ohne Aussicht auf Tilgung wegen des wettbewerbsunfähigen Güterangebots der anderen Staaten - oder auch verweigern, indem sie die Exportmengen kürzte und die betroffenen Staaten damit in außergewöhnliche wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzte.

### **1.3. Direkte inter-republikanische Transfers**

Neben indirekten Transfers gab es in der früheren Sowjetunion eine Art horizontalen Finanzausgleich zwischen den Republiken. Reichere Republiken, vor allem die baltischen Staaten und die Russische Föderation, leisteten aus ihren Einzelbudgets über das Zentralbudget der Sowjetunion netto Beiträge an die Budgets der ärmeren Republiken. Auch diese Zahlungen waren beträchtlich, so daß ihr Fortfall nach dem politischen Zerfall der staatlichen Einheit einen weiteren Aderlaß der ärmeren Staaten dahingehend nach sich zog, daß ihre Kapitalbildung nunmehr ausschließlich aus heimischen Finanzierungsquellen gespeist werden mußte - ein angesichts der wirtschaftlichen Schwäche dieser Staaten hoffnungsloses Unterfangen. Die wirtschaftspolitischen Optionen bestanden darin, entweder staatliche Investitionen und Konsum (soziale Unterstützung) in dem Maße einzustellen, wie sowohl indirekte als auch direkte Transfers ausblieben, oder, wie es die meisten Staaten vorzogen, eine eigene Ersatzwährung einzuführen und über die Notenpresse einer Hyperinflation den Weg zu bahnen.

## **2. Verlauf der Desintegration**

### **2.1. Monetäre Desintegration**

Ausgangspunkt der monetären Desintegration, d.h. des Zerfalls der Rubelzone, war die Weigerung der Russischen Föderation, die Lieferung von Energieträgern und anderen Erzeugnissen weiterhin in dem Maße zu kreditieren wie zu Zeiten der Sowjetunion. Rußland stellte also den Kreditbedarf offen, in dem es sukzessive die Energiepreise den Weltmarktpreisen annäherte. Auch zu Beginn des Jahres 1994 war diese Annäherung allerdings noch nicht abgeschlossen. Solange die anderen Staaten noch in der Rubelzone waren, aber bereits eigene Zentralbanken besaßen, versuchten die Staaten, diese Kreditklemme dadurch zu umgehen, daß sie eigene "Kreditrubel" schufen und darauf hofften, daß dieses Buchgeld von der russischen Zentralbank honoriert und in Notengeld umgewandelt würde, da auch die russische Seite wegen der gegenseitigen Abhängigkeit ein Interesse daran besaß, die Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten nicht völlig zum Erliegen zu bringen. Russische Unternehmen akzeptierten daher die von den Zentralbanken der anderen Länder emittierten Kreditrubel als Zahlung für ihre Lieferungen und präsentierten sie der eigenen Zentralbank zur Einlösung. Je nach Wahrscheinlichkeit, ob die russische Zentralbank diesem Ansinnen stattgeben und damit einen von ihr unkontrollierbaren Inflationsherd größten Ausmaßes schaffen würde, bildeten sich unterschiedliche Wechselkurse zwischen nichtrussischem und russischem Kreditrubel. Diese Kurse wichen um so mehr von eins (nach oben) ab, je geringer die Wahrscheinlichkeit wurde, daß die russische Zentralbank dieses Buchgeld akzeptieren würde. Im Jahre 1992 war dies noch nicht der Fall, da auf russischer Seite das Interesse überwog, sowohl Exportmärkte als auch Bezugsmärkte für russische Unternehmen zu erhalten. Dies hatte zur Konsequenz, daß sich die Umwandlung dieser "illegalen" Kreditexpansion in offizielles Zentralbankgeld noch vor der Ausweitung des russischen Budgetdefizits und gleich nach der Subventionierung russischer Staatsunternehmen zum wichtigsten Inflationsherd entwickelte. In dem Maße, wie die russische Regierung begann, diesem Verhalten durch strengere Kreditobergrenzen ein Ende zu setzen (im Verlauf des Jahres 1993), wuchs das Interesse der anderen Staaten, eigene Währungen auszugeben, um sich einerseits den Gewinn aus der Verausgabung von Geld zu sichern - die

sogenannte *seigniorage* - und andererseits von der galoppierenden Inflation in der Russischen Föderation abzukoppeln. So kam es zu einem Neben- und Durcheinander eigener Währungen, die entweder den russischen Rubel auf dem eigenen Territorium völlig ersetzen, so in Estland, Litauen, Kirgiztan, Georgien, Kazachstan und Azerbajdžan, oder parallel zum Rubel Binnenwährungsfunktionen übernahmen (Bezahlung von Löhnen in Staatsunternehmen beispielsweise), so in der Ukraine, Uzbekistan und Weißrußland. In Staaten wie Armenien und Tadschikistan blieb der Rubel alleinige Währung. Die Hoffnung, sich von der russischen Inflation abzukoppeln, erfüllte sich indessen nicht. Kein Land hatte 1993 eine niedrigere Inflationsrate als Rußland, das immerhin auf eine Rate von 980 vH kam. So ist als Ergebnis der monetären Desintegration festzuhalten, daß Rußland, das Land mit klaren Tendenzen zur Hyperinflation, die ab einer monatlichen Inflationsrate von über 20 vH einzusetzen droht, immer noch das stabilste Land ist und von daher Anreize bestehen, eine Renaissance der Rubelzone einzuleiten. Zu dieser Entwicklung hat beigetragen, daß Rußland 1993 die Kreditlinien bei gleichzeitiger drastischer Kürzung der Energielieferungen verschärfte. Somit wurden die anderen Staaten vor die Alternative gestellt, entweder einen Anpassungsprozeß über Produktionszusammenbrüche ablaufen zu lassen oder Zeit zu gewinnen, indem die Finanzierung des Budgetdefizits und der Subventionen an die Unternehmen über die Erhebung der Inflationssteuer, also über die Notenpresse ablief. *Alle* Staaten haben sich für den zweiten Weg entschieden. Dies hatte zur Folge, daß selbst in den Staaten, die von Rußland aus politischen Gründen mit relativ großzügigen Kreditlinien bedacht wurden (Weißrußland und Kazachstan) die Jahresinflationsrate 1993 mit 1670 vH bzw. 1450 vH noch weit über der russischen Rate lag. Staaten, denen auch aus politischen Gründen engere "Kreditkorsette" verordnet wurden, allen voran die Ukraine, schneiden bei einem Vergleich der Inflationsraten noch schlechter ab. In der Ukraine, dem Land mit der wohl katastrophalsten Entwicklung im Jahre 1993, wurde die Inflationsrate auf 10.000 vH geschätzt.

Die ernüchternden Erfahrungen der Staaten, sich zur Zeit nicht aus der monetären und realwirtschaftlichen Abhängigkeit zu Rußland lösen zu können und mit einer Politik der monetären Autonomie (mit der eindeutigen Ausnahme

Estlands und vielleicht auch der anderen baltischen Staaten) gescheitert zu sein, läßt den Prozeß der monetären Desintegration fließend und reversibel erscheinen. Reintegrationstendenzen sind besonders in Weißrußland zu erkennen, das den Reformkurs am langsamsten anging und noch weitgehend mit der russischen Wirtschaft verklammert ist. Zu Beginn des Jahres 1994 wurden Verhandlungen über eine Währungsunion zwischen beiden Staaten aufgenommen. Sie stoßen in Rußland auf Vorbehalte, weil zu Recht ein Inflationsimport erwartet wird, den Rußland absorbieren müßte. Sie stoßen aber auch in Weißrußland auf Vorbehalte, weil in einer Mini-Rubelzone zwischen den beiden Staaten die Vorboten eines Verlustes an politischer Autonomie und der Beginn der politischen Reintegration gesehen werden. Separatistische Tendenzen in der Ukraine könnten auch der Erweiterung einer Rubelzone auf Teile der Ukraine oder die gesamte Ukraine Vorschub leisten. De facto würde eine neue Rubelzone lediglich einen Zustand legalisieren, der in vielen Staaten bereits existiert, eine Währungssubstitution der heimischen Währung durch den Rubel. Wer sich nicht in den Besitz ausländischer Devisen oder Sorten setzen kann, wird als zweitbeste Möglichkeit Rubel horten, um sich zumindest gegen die heimische Inflation zu schützen, die auch mittelfristig deutlich höher eingeschätzt wird als die Rußlands. Dieser schleichende Prozeß bedeutet de facto bereits die Renaissance der Rubelzone, die mit dem offiziellen Verschwinden "wertloser" heimischer Währungen de jure auferstehen würde. Wie attraktiv eine derartige Entwicklung ist, liegt eindeutig in den Händen der russischen Geld- und Fiskalpolitik. Gelingt es ihr, monetäre Stabilität wiederzugewinnen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Ausflüge vieler kleiner kaukasischer und zentralasiatischer Staaten in die monetäre Unabhängigkeit zunächst einmal historische Episoden bleiben.

## 2.2. Realwirtschaftliche Desintegration

Die realwirtschaftliche Desintegration ist gleichbedeutend mit dem Zerfall der Liefer- und Bezugsverflechtungen zwischen den Unternehmen der ehemaligen Sowjetunion. Ökonomisch gesehen war die alte Sowjetunion eine Zollunion mit Freihandel zwischen den Republiken und einer einheitlichen Außenhandelspolitik gegenüber dem Ausland, sowohl dem Westen gegenüber wie den ande-

ren RGW-Staaten. Der politische Zerfall führte dazu, daß sich diese Zollunion auflöste. Weder gibt es zu Beginn des Jahres 1994 noch Freihandel zwischen den jetzt unabhängigen Staaten, noch gibt es eine einheitliche Außenhandelspolitik. Jedes Land geht seinen eigenen Weg. Dies führt dazu, daß sich auch im Handel zwischen den jetzt unabhängigen Staaten Bilateralisierung und Fragmentarisierung durchgesetzt haben. Fast alle Staaten haben sich einem Netzwerk bilateraler Liefer- und Bezugsabkommen auf verschiedenen Ebenen angeschlossen. So gibt es als erste Ebene bilaterale staatliche Abkommen für lebenswichtige Güter wie Energie (sogenannte obligatorische Listen), ergänzt um indikative Listen für wenige wichtige Güter (Konsumgüter). Diese Abkommen sehen nicht nur Exportquoten vor, sondern auch die Befreiung der Lieferungen von Exportsteuern. Letztere sind gerade bei Rohstoffen zu einem wichtigen Instrument geworden, die Unterschiede zwischen den niedrigeren heimischen Preisen und den höheren Weltmarktpreisen abzuschöpfen und im Budget zu vereinnahmen. Diese Abkommen bringen für Rußland ein Ärgernis mit sich. Die importierenden Staaten nutzen die Preisdifferenz, um russische Produkte auf den Weltmarkt zu reexportieren und einen Arbitragegewinn zu Lasten Rußlands zu erzielen. Rußland hat darauf mit Lieferkürzungen reagiert und die ohnehin stark schwankenden und insgesamt deutlich rückläufigen Handelsströme weiter beeinträchtigt. Die zweite Ebene von Abkommen betrifft Vereinbarungen zwischen Unternehmen für Güter von geringerer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, während als letzte Ebene alle übrigen Beziehungen zwischen Wirtschaftsakteuren anzusprechen sind. Der Grad des Erfüllungs- und Zahlungsrisikos wächst von der oberen zur unteren Ebene, so daß auf der letzten Ebene entweder Ware gegen Ware (*Barterhandel*) oder Ware gegen Rubel oder Hartwährung getauscht wird. Ein sektoral wie regional differenziertes Bild der Entwicklung der Warenströme zeigt, daß in erster Linie die kaukasischen Staaten in hohem Maße von essentiell wichtigen Lieferungen Rußlands abgeschnitten worden sind. So kamen die Erdgaslieferungen nach Azerbaidžan, Armenien und Georgien 1992 fast zum Erliegen und sanken die Lieferungen von Kohle in diese Staaten, nach Kazachstan und Zentralasien (außer Uzbekistan) um 70-90 vH gegenüber 1991. Die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Staaten hatten geringere Einbußen hinzunehmen. Mit Ausnahme von



Erdgas sanken die Lieferungen in allen Branchen. Die Realisierung der zwischenstaatlichen Abkommen schwankte zwischen Übererfüllung (Erdgas und Zement), Erfüllung (Eisenmetalle, Schweröl) und Untererfüllung (zwischen 33 und 75 vH) bei Gütern wie Nutzholz, Kraftfahrzeugen, und Treibstoffen). Ähnliche Schwankungen gelten für die zwischen den Unternehmen abgeschlossenen Verträge.

Desintegrationstendenzen zeigen sich auch im Bestreben einiger Staaten, physische Grenzkontrollen mit entsprechenden Abgaben im Handel einzuführen. Derartige Zollabfertigungsstellen bestehen bereits vor allem an den westlichen Grenzen zwischen Rußland und Weißrußland bzw. zwischen der Ukraine und Rußland, wurden aber 1993 noch nicht voll tätig. Ob sie eingeführt werden, hängt entscheidend vom Verlauf der monetären Desintegration sowie von den internen Preisreformen in Rußland ab. Kommt der Prozeß der monetären Desintegration zum Stillstand, dürfte dies auch positive Auswirkungen auf die Verlangsamung der realwirtschaftlichen Integration haben. Werden zudem die Exportpreise von Rußland auf Weltmarktpreise angehoben, entfällt der Anreiz zu Reexporten und damit ein wichtiges Moment für die Kontrolle des Handels. Eine natürliche Barriere gegen Autonomie in der Handelspolitik der kleineren Staaten ist darin zu sehen, daß Rußland für sie ökonomisch gesehen ein "großes Land" ist, d.h. mit seiner Handelspolitik die Handelspolitik der kleineren Staaten beeinflussen kann. Würde Rußland beispielsweise Exportzölle auf Energieträger erheben, bliebe den auf diese Güter angewiesenen Staaten nichts anderes übrig, als ihrerseits von einer Anhebung der für die Budgeteinnahmen wichtigen Importzölle abzusehen, da die Unternehmen bei derart gestiegenen Preisen ohne Subventionen ihre Nachfrage einstellen müßten (Optimalzollargument). Rußland kann also in gewissen Grenzen auch dann Einfluß auf die Budgetsituation und die Handelspolitik der Nachbarstaaten nehmen, wenn de jure handelspolitische Autonomie besteht.

### **3. Die Folgen der Desintegration**

#### **3.1. Niveaufolgen**

Die monetäre und realwirtschaftliche Desintegration hat zu wesentlichen Produktionseinbußen bis hin zu faktischen Zusammenbrüchen der Produktion geführt. Interne Unruhen bis hin zu Bürgerkriegen und kriegsähnlichen Zuständen verschärften die Situation. Gemessen am Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, so wie er grob geschätzt werden kann, lassen sich drei Gruppen von Ländern identifizieren. Die vom Einbruch am stärksten betroffene Gruppe umfaßt die drei Staaten im Kaukasus und Tadschikistan. Diese Staaten wurden von Lieferungen Rußlands abgeschnitten und leiden unter kriegs- bzw. bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Reformmaßnahmen jeglicher Art sind unter diesen Bedingungen nicht zu erwarten. Der Produktionsrückgang wird auf 40-50 vH geschätzt. Die zweite Gruppe umfaßt Rußland, Kirgiztan, Moldavien und die baltischen Staaten mit Produktionsrückgängen von 20-30 vH. Diese Staaten weisen vereinzelt Reformansätze auf, die derartige Rückgänge (nach Schumpeter "schöpferische Zerstörungen") wegen des teilweise obsoleten Kapitalstocks unumgänglich machten. Die dritte Gruppe umfaßt die übrigen zentralasiatischen Staaten, Weißrußland, Kazachstan und die Ukraine, die Einbrüche von unter 20 vH hinnehmen mußten. Diese Staaten sind die klaren Nachzügler im Reformprozeß und betreiben teilweise Strukturkonservierung zu Lasten der Zukunft, d.h. mit Inflation. Für die zentralasiatischen Staaten ist eine andere Diagnose angebracht: Sie konnten nicht viel an Produktion einbüßen, weil sie auch in der Phase der früheren Sowjetunion nur eine schwache Produktionskapazität besaßen.

#### **3.2. Strukturfolgen**

Die Strukturfolgen sind insgesamt wichtiger. Hier ist vor allem zu nennen, daß alle Staaten die Abhängigkeit von zwischenstaatlichen Bezügen und Exportmärkten dadurch zu minimieren versuchen, daß sie unverarbeitete oder nur bearbeitete Güter exportieren, d.h. in erster Linie Rohstoffe. Dies führt zu Parallelverhalten, zu Rückgängen der Weltmarktpreise und zu Abwehrreaktionen der Handelspartner, beispielsweise zu Importquoten für Aluminium aus

der früheren Sowjetunion. Alle Staaten werden zumindest vorübergehend auf den Stand reiner Rohstoffexporteure auf dem Weltmarkt zurückfallen.

Zweitens sind Autarkietendenzen in allen Staaten zu erkennen. Es wird versucht, eigene Produktionsketten aufzubauen und von den Nachbarstaaten unabhängig zu werden. Dieser schädliche Trend wird zur Zeit noch durch die mangelnde Fähigkeit eingedämmt, eine eigene Industrialisierung mit vor- und nachgelagerten Sektoren auch finanzieren zu können. Drittens versuchen alle Staaten, neue Märkte außerhalb der alten Sowjetunion zu erschließen. Produzenten im fernöstlichen Bereich Rußlands orientieren sich gen China, Turkmenistan versucht, Verkehrsnetze zum Iran aufzubauen, über regionale Kooperationen im Schwarzmeerbereich wird gesprochen, die baltischen Staaten wenden sich gen Skandinavien und Rußland sucht die handelspolitische Kooperation mit der EU. Dieser Prozeß ist längerfristig zu bewerten. Ihm stehen Infrastruktur-empässe, vor allem aber der stockende Transformationsprozeß entgegen. Am erfolgversprechendsten erscheint der Versuch einer regionalen Diversifizierung in den baltischen Staaten und in Rußland, während die zentralasiatischen und kaukasischen Staaten weiterhin ökonomisch mit Rußland verbunden bleiben werden. Dafür sprechen ihre Marktferne und ihr geringes Entwicklungsniveau, aber auch die politische Schutzfunktion Rußlands und die Existenz der russischen Minderheiten.

#### **4. Ausblick**

Der Desintegrationsprozeß ist weder eine Einbahnstraße noch ein Wunschkind vieler Staaten. Er wurde genährt von einer Mischung eines kaum fundierten Nationalismus, einer "Friß-oder-stirb-Politik" Rußlands und der Labilität Rußlands im Transformationsprozeß. Mittlerweile ist der erste Enthusiasmus der Staatenbildung verflogen, sind die Staaten wirtschaftlich noch labiler als Rußland und gibt es zur ökonomischen Bindung an Rußland für viele Staaten keine Alternative. Aus diesem Grunde ist der Desintegrationsprozeß keineswegs abgeschlossen und unumkehrbar. Im Gegenteil, er ist durchaus reversibel und kann zumindest für Teile der ehemaligen Sowjetunion zu einer Renaissance von Rubelzone und Zollunion unter Führung Rußlands führen. Diesen Weg zwischen Autonomie und Abhängigkeit steuern zu müssen, ist für viele Staaten, die

sich der hegemonialen Rolle Rußlands nach 1991 entzogen fühlten, schmerz-  
lich. Er ist aber nicht ungewöhnlich. Parallelen gibt es in der postkolonialen  
Phase Afrikas mit dem Beharrungsvermögen der französischen "communauté",  
die finanziell und realwirtschaftlich lange Zeit Bestand hatte. Er wird dann  
ökonomisch nützlich für die kleineren Staaten sein, wenn Rußland Erfolge im  
Transformationsprozeß erzielt und von daher eine Lokomotivfunktion erfüllen  
kann. Stagniert Rußland, bleibt die Anbindung an ein derart labiles System die  
zweitschlechteste der möglichen Alternativen, die nur von der Unmöglichkeit  
unterboten wird, einen erfolgversprechenden eigenen Weg zu gehen. Scheitert  
Rußland am Transformationsproblem, werden die anderen Staaten auch schei-  
tern.

#### *Literaturhinweise*

R. J. Langhammer, Salient Features of Trade Among Former Soviet Union Republics. Facts, Flaws and Findings, in: *Aussenwirtschaft* 47 (1992), 2, S. 253-276.

A. McAuley, The Economic Consequences of Soviet Disintegration, in: *Soviet Economy* 7 (1991), 3, S. 189-214.

C. Michalopoulos/D. Tarr, Trade and Payments Arrangements for States of the Former USSR. Washington D.C. 1992 (= *Studies of Economies in Transformation Papers*, 2).

L. T. Orlowski, The Disintegration of the Ruble Zone: Driving Forces and Proposals for Policy Change. Kiel Working Papers, No. 585, July 1993. (Erscheint demnächst in: *Aussenwirtschaft* 49 (1994), 2).